

**Postulat**

von Beatrice Reimann (SP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er raschmöglichst mit den zuständigen kantonalen Behörden Verhandlungen bezüglich einer Zwischennutzung des Kasernenareals, für den Zeitraum während und nach dem Auszug der kantonalen Polizei und Justiz, aufnehmen kann.

**Begründung:**

Mit dem "Ja zum Polizei- und Justizzentrum Zürich" aus der Volksabstimmung vom 30.11.2003 steht fest, dass mit dessen Bau cirka ab 2007 begonnen werden kann. In der Folge werden ab cirka 2011 diverse Abteilungen der kantonalen Polizei und Justiz den Neubau etappenweise beziehen können. Dem Vernehmen nach sollte der Bezug des Neubaus bis ungefähr 2020 abgeschlossen sein. Das heisst, dass sich ab 2011 die Kasernengebäude und das Areal nach und nach leeren werden.

Bis heute hat die Bevölkerung weder Informationen zu einer möglichen Umnutzung noch zu einer Zwischennutzung der Kaserne und des Areals erhalten. Es wird befürchtet, dass die dann möglicherweise leerstehenden Gebäude und das Areal zum neuen "Brennpunkt" der Drogenszene und des Milieus, ähnlich dem Langstrassengebiet oder einer früheren Bäckieranlage werden könnten, da viel leerer Raum und Schlupfwinkel vorhanden sind, soziale Kontrolle jedoch kaum mehr. Dies könnte auch eine mögliche Verschiebung von "Brennpunkten" im Langstrassengebiet auf das Kasernenareal zur Folge haben, was bedeuten würde, dass diverse Bemühungen von "Langstrasse plus" auf diese Weise fehlschlagen.

Eine Zwischennutzung, mit Kinder- und Jugendprojekten, Ateliers, kleineren Geschäften und Gastronomie, welche zum Beispiel über befristete Mietverträge geregelt würde, könnte solchen befürchteten Umständen Abhilfe verschaffen und wäre zugleich ein Gewinn für die Beteiligten und die Quartierbevölkerung.

